



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale für konsequente Umsetzung 'too-big-to-fail'
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Präsident, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	19. September 2011

### Grünliberale begrüßen Entscheide des Nationalrates zu 'too-big-to-fail'

Die Grünliberalen begrüßen die heute vom Nationalrat verabschiedete Vorlage zur 'too-big-to-fail'-Problematik. Der Rat liess sich weder von linken noch von rechten Forderungen beeinflussen und liess sich auch aufgrund des aktuellen Einzelfalles in der UBS nicht zu Aktionismus hinreissen. Die Grünliberalen begrüßen, dass das Parlament mit den Entscheiden sicherstellt, dass diese Vorgaben nun rasch in Kraft treten können und nicht weiter verzögert werden. Die Vorlage setzt auf strenge Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften, welche der besonderen Stellung der Grossbanken im Bezug auf das BIP der Schweiz gerecht werden. Ebenso sind die Grossbanken dazu aufgefordert eine Notfallplanung aufzustellen, nach welcher im Krisenfall die systemrelevanten Bereiche weitergeführt werden können. Zukünftig kann und muss die FINMA ihre Rolle stärker wahrnehmen, um sicherzustellen, dass die Grossbanken – z.B. auch bei Fehlern gerade einzelner Banker – nicht mehr in eine Schieflage geraten können.

Die im Parlament verabschiedeten Massnahmen zur 'too-big-to-fail'-Problematik betrachten die Grünliberalen insgesamt als geeignetes Instrumentarium zur Verhinderung weiterer erzwungener finanzieller Unterstützung im Bankenwesen und damit zu einer deutlichen Reduktion des Restrisikos für die Schweiz. Die vorgeschlagenen Eigenmittelvorschriften sind im internationalen Vergleich sehr streng, doch sind die Grünliberalen davon überzeugt, dass sich die stabile Kapitalbasis längerfristig auch als Wettbewerbsvorteil auszahlen wird. Mit der geplanten regelmässigen Überprüfung der Vorgaben wird auch die internationale Entwicklung mitberücksichtigt.

Zukünftig werden die Banken mit einem Notfallplan aufzeigen müssen, wie die systemrelevanten Bereiche herausgelöst und weitergeführt werden können, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Die Grünliberalen begrüßen diesen subsidiären Ansatz, es wird jedoch noch gezielte Massnahmen auf Verordnungsstufe bedürfen, um eine Erfüllung sicherzustellen. Hier soll insbesondere die FINMA gestärkt werden, welche hier über mehr Fachkompetenz als der Bundesrat verfügt. Die Grünliberalen halten an ihrer zusätzlichen Forderung fest, dass ein unabhängiger Think-Tank im Sinne eines Frühwarnsystems eingesetzt werden sollen, welcher zuhanden des Bundesrates, der FINMA und der Schweizerischen Nationalbank kritische Entwicklungen und Ereignisse für den Finanzplatz Schweiz soweit vorausnehmen kann, dass frühzeitig zielführende Massnahmen durch die zuständigen Instanzen umgesetzt werden können.

Die Grünliberalen begrüßen ausdrücklich, dass der Bund das Recht erhält, die Vergütungen von Banken zu regulieren, sollte trotz allem einmal staatliche Hilfe notwendig werden. Diese Massnahmen ist nötig, um ungerechtfertigte Bonizahlungen nach einem Staatseingriff zu verhindern.